

Dienstag, 17. Januar 2006

Koalition in Nöten

Gentechnik-Lesung verschoben

Union und SPD haben wegen Unstimmigkeiten die erste Lesung der Novelle zum Gentechnikgesetz im Bundestag verschoben. "Es gibt Beratungsbedarf", hieß es am Dienstag aus der Unionsfraktion. Geplant war die Debatte für Donnerstag. Der Bundestag debattiert voraussichtlich in der kommenden Woche darüber. Mit dem Gesetz soll eine EU-Richtlinie zur Freisetzung von Genmaterial umgesetzt werden. Deutschland hat bis zum 19. Februar Zeit, Strafzahlungen zu vermeiden.

SPD und Grüne befürchten, dass die "grüne Gentechnik" schleichend eingeführt wird. Grünen-Agrarpolitikerin Ulrike Höfken appellierte an Agrarminister Horst Seehofer (CSU), das Gesetz nicht zu weitgehend zu ändern. "Wir können Minister Seehofer nur davor warnen, die nötige EU-Anpassung dafür auszunutzen, Transparenz und Schutz des geltenden Gentechnikgesetzes auszuhöhlen." SPD-Fraktionsvize Ulrich Kelber warnte, die Schwelle zur Verunreinigung dürfe nicht gesenkt werden.

Das Agrarministerium zeigte sich verwundert. Im Gesetz würden nur Verfahrensweisen neu geregelt zur Umsetzung der EU-Richtlinie, sagte eine Sprecherin. Dem Gesetz müssten weitere Schritte für eine Änderung des Gentechnikrechts folgen, heißt es im Entwurf der Novelle, der der dpa vorliegt. Seehofer hatte vergangene Woche Befürchtungen zurückgewiesen, dass Gen-Lebensmittel schleichend eingeführt werden könnten.

Die Union will der Gentechnik mehr Chancen einräumen. Im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD steht dazu: "Die Regelungen sollen so ausgestaltet werden, dass sie Forschung und Anwendung befördern. Dazu ist es unverzichtbar, gesetzliche Definitionen (insbesondere Freisetzung, in Verkehr bringen) zu präzisieren."

Die FDP-Fraktion spricht von einem "extremen Zeitdruck", das Gesetz bis Februar umzusetzen. Den Liberalen gehen die geplanten Änderungen nicht weit genug. Sie wollen auch die umstrittene Haftungsfrage bei der Verbreitung von Genmaterial neu regeln. Bisher gilt für den Fall der Verseuchung benachbarter Felder das Nachbarschaftsrecht. Union und SPD streben einen Haftungsfonds an, die FDP eine Versicherungslösung.

Adresse:

<http://www.n-tv.de/624239.html>